

6/SN-29/ME XVI. GP - Stellungnahme (gescanntes Original)

6/SN - 29/ME
1 von 3

VERWALTUNGSGERICHTSHOF
PRÄSIDIUM

Präs 3239f-1283/83

An das

P R Ä S I D I U M
des Nationalrates

1014 Wien

GESETZENTWURF	
Zl. 90	-GE/19 83
Datum: 20. OCT. 1983	
Verteilt 1983 -10- 20 <i>früher</i>	

Dr. Nascherbauer

Betr.: Entwurf einer 41. Gehaltsgesetz-Novelle,
einer 34. Vertragsbedienstetengesetz-Novelle,
einer Novelle zum Beamten-Dienstrechtsgesetz 1979
und einer Änderung der Reisegebührenvorschrift 1955.

Zu dem vom Bundeskanzleramt mit Schreiben vom 19. September 1983, GZ 921 000/2-II/1/83, 921 010/1-II/1/83, 921 020/2-II/1/83, 921 080/6-II/1/83, übersandten Entwürfen einer 41. Gehaltsgesetz-Novelle, einer 34. Vertragsbedienstetengesetz-Novelle, einer Novelle zum Beamten-Dienstrechtsgesetz 1979 und einer Änderung der Reisegebührenvorschrift 1955, übermittle ich 25 Ausfertigungen der am heutigen Tag zur gleichen Zahl erstatteten Äußerung mit der Bitte um Kenntnisnahme.

W i e n , am 20. Oktober 1983

Der Vizepräsident
des Verwaltungsgerichtshofes:

Dr. R a s c h a u e r

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

Präs 3239f-1283/83

An das
Bundeskanzleramt

Ballhausplatz 2
1014 Wien

Betr.: Entwurf einer 41. Gehaltsgesetz-Novelle,
einer 34. Vertragsbedienstetengesetz-Novelle,
einer Novelle zum Beamten-Dienstrechtsgesetz 1979
und einer Änderung der Reisegebührenvorschrift 1955;
Stellungnahme

Bezug: Schreiben vom 19. September 1983,
GZ 921 000/2-II/1/83, 921 010/1-II/1/83,
921 020/2-II/1/83, 921 080/6-II/1/83.

Zu den mit dem oben angeführten Schreiben versendeten
Entwürfen einer 41. Gehaltsgesetz-Novelle, einer 34. Vertrags-
bedienstetengesetz-Novelle, einer Novelle zum Beamten-Dienst-
rechtsgesetz 1979 und einer Änderung der Reisegebührenvorschrift
1955, erstatte ich folgende Äußerung:

Interessen des Verwaltungsgerichtshofes werden durch die
Entwürfe nicht unmittelbar berührt, weil sich die Novellen im
wesentlichen neuerlich auf Lehrer, vor allem aber auf Bedienstete
der Post- und Telegraphenverwaltung, beziehen. Dennoch seien
folgende Bemerkungen angebracht.

1. Bei der Regelung des § 82 d GG 1956 über die Verwen-
dungszulage und die Verwendungsabgeltung ist kein sachlicher
Grund vorhanden, diese Zulagen wesentlich höher vorzusehen als
für sämtliche gleichartige Beamtengruppen.

2. Wenig systematisch ist, daß im Art. IX des Entwurfes
der 41. Gehaltsgesetz-Novelle Regelungen für Vertragsbedienstete
getroffen werden, obwohl gleichzeitig der Entwurf einer Novelle
zum Vertragsbedienstetengesetz 1948 vorgelegt wird. Im übrigen
fördert es nicht die Rechtssicherheit, etwa durch die Novelle
zum Beamten-Dienstrechtsgesetz 1979 (Art. V) das Bundes-Lehrver-
pflichtungsgesetz und durch die 41. Gehaltsgesetz-Novelle das
Nebengebührengesetz zu ändern (Art. XVI).

3. Bei einer Änderung des Nebengebührengesetzes sollte auch eine Regelung über die Gutschrift von Nebengebührenwerten für Beamte, die eine Verwendungsabgeltung nach § 30 a Abs. 5 des Gehaltsgesetzes 1956 bezogen haben, getroffen werden. Es ist nicht einzusehen, daß gelegentliche Überstunden zu anspruchsbegründenden Nebengebühren führen, nicht aber oft monatelange höherwertige Verwendungen.

Im Zusammenhang mit den durch die Novellierungen vorgesehenen Verbesserungen muß an die wiederholt angeregte finanzielle Besserstellung der Richter des Verwaltungsgerichtshofes erinnert und angeregt werden, diese nunmehr durchzuführen.

Dem Präsidium des Nationalrates werden unter einem 25 Ausfertigungen der vorstehenden Äußerung übermittelt.

W i e n , am 20. Oktober 1983

Der Vizepräsident
des Verwaltungsgerichtshofes:

Dr. R a s c h a u e r

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

